

Volkswille muss umgesetzt werden

Die IG Industriestrasse wertet das Ergebnis des partizipativen Prozesses als vorsichtig positiv. Positiv ist der Konsens über preisgünstige Wohnungen, flexible Räume für Ateliers und Kleingewerbe und dass man sich einig ist, dass ein neuer Begegnungsort fürs Quartier entstehen soll. Diese Ziele können aber nur mit einer sinnvollen etappierten Bauweise insbesondere mit dem teilweisen Erhalt bestehender Bausubstanz und einem angemessenem Baurechtszins erreicht werden. Als Initiantin beharrt die IG Industriestrasse hier auf einem Entgegenkommen der Abstimmungsverlierer, welche im Parlament jedoch die Mehrheit innehaben. Wie von der HSLU empfohlen, muss für die weitere Planung ein partizipatives Vorgehen gewählt werden.

Die IG Industriestrasse sieht weiterhin sich in der Pflicht, den an der Urne geäusserten Volkswillen zur nachhaltigen Weiterentwicklung des Industriestraszenquartiers unter Berücksichtigung von Wohnen, Kultur und Kleingewerbe umzusetzen. Mit dem vom Stadtrat aufgegleisten partizipativen Prozess ist die Stadt auf gutem Wege dazu. Die Forderungen der IG Industriestrasse stiessen bei Stadtrat und Verwaltung auf grösstenteils Sympathien und Verständnis. Die IG Industriestrasse erwartet deshalb ein mutiges Leuchtturmprojekt, welches die Hauptforderungen der Initiative umsetzt. Danach gilt es die Gegner der Initiative „Für eine lebendige Industriestrasse“ zu überzeugen. Da sie im Parlament eine Mehrheit innehaben, liegt es nun an ihnen, den Volkswillen umzusetzen und eine andere als von ihnen ursprünglich geplante Arealentwicklung zuzulassen. Insbesondere in den Punkten Etappierung, Erhalt von Chäslager und Porzellanfabrik und der Festsetzung eines angemessenen Baurechtszinses, erwartet die IG Industriestrasse ein Abrücken von starren Positionen. Eine Verdrängung von Kultur und Kleingewerbe würde auch die Bevölkerung nicht akzeptieren.

Partizipativer Prozess muss weitergehen

Die Hochschule Luzern empfiehlt in Kapitel 8 des Schlussberichts zum partizipativen Verfahren, dass „im weiteren verfahren bzw. für Elemente des Bauprojektes zu gegebenen Anlässen ein partizipatives Vorgehen“ in Erwägung gezogen werden soll. Für die IG Industriestrasse ist klar, dass nur mit einem solchen Vorgehen eine nachhaltige städtebauliche Weiterentwicklung stattfinden kann. Die wertvollen Beiträge des Gewerbeverbandes zum Erhalt des Kleingewerbes, der IG Kultur gegen die Verdrängung von Kulturraum sowie des Quartiervereins zum Erhalt der Identität der Industriestrasse müssen unbedingt auch weiterhin in die Planung einfließen können. Sie decken sich grösstenteils auch mit der Position der IG Industriestrasse zu denjenigen Punkten, zu denen kein Konsens gefunden werden konnte.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:
Philipp Ambühl, Mediensprecher IG Industriestrasse, 079 379 05 44